

5mal wöch. Bezugspreis für Juni 3,00 Mk. einsch. Bestellgeld. Einzelhefte: Die Igesp. Zeitzeile 30 J., Biellengehefte 20 J., Die Politzeile 30 J., 80 Millimeter breit, 1. M. Offertengebühren für Selbstholer 20 J., bei Ueberlieferung durch die Post außerdem Portozuschlag. Einzel-Nr. 10 J., Sonntags-Nr. 15 J. Geschäftlicher Teil: Arthur Lenz in Dresden.

Sächsische Volkszeitung

Im Falle höherer Gewalt erlischt jede Verpflichtung auf Lieferung sowie Erfüllung v. Anzeigenaufträgen u. Leistung v. Schadenersatz. Für unentf. u. d. Fernruf überm. Anzeigen übernehmen wir keine Verantwortung. Unentlangt eingehende u. m. Rückporto nicht versene Manuskripte werb. nicht aufbewahrt. Sprechstunde der Redaktion 2-3 Uhr nachmittags. Hauptredaktion: Dr. G. Descaux, Dresden.

Verlagshaus, Druck-Verlag: Germania, K.-G. in Dresden, Hauptredaktion: Sächsische Volkszeitung, Dresden, Hauptredaktion: Sächsische Volkszeitung, Dresden, Hauptredaktion: Sächsische Volkszeitung, Dresden.

Für christliche Politik und Kultur

Redaktion der Sächsischen Volkszeitung, Dresden, Hauptredaktion: Sächsische Volkszeitung, Dresden, Hauptredaktion: Sächsische Volkszeitung, Dresden.

Der sächsische Zentrumsparteitag

Generalsekretär Grobbel (Berlin) und Dr. Flügler (Dresden) über die politische Lage — Für die Politik der Reichstagsfraktion — Partei und Presse — Wiederwahl des Landesvorstandes

Dresden, 13. Juni.

Der ordentliche Landesparteitag der Sächsischen Zentrumspartei war von etwa 60 Delegierten aus allen Teilen des Landes besucht. Alle großen Ortsgruppen waren vertreten. Der Landesvorsitzende, Regierungsrat a. D. Dr. Flügler eröffnete die Tagung mit herzlichen Worten der Begrüßung.

Das Referat über die politische Lage erstattete

Generalsekretär Grobbel (Berlin).

Er gab zunächst einen Überblick über die außenpolitische Lage, die gegenwärtig außerordentlich gespannt sei. Auf der bevorstehenden Völkervereinigung stehe die Rheinlandeinnahme nicht zur Debatte, sondern nur die Frage der Verminderung der Besatzungstruppen um 10.000 Mann. Die englisch-russischen Auseinandersetzungen veranlassen von Deutschland unabdingbare Neutralität. Es seien augenblicklich neue Verbindungen in Europa im Entstehen, von denen man nicht weiß, wie sie enden werden.

In innerpolitischer Beziehung habe man eine extreme Verminderung der Arbeitslosigkeit zu verzeichnen. Die vorangehende Vorkriegsperiode der Reichspost sei vom wirtschaftlichen Standpunkt aus bedauerlich. In sozialpolitischer Hinsicht stehe die Verabschiedung des Arbeitslosenversicherungsgesetzes bevor. In dem Etat für 1927, der mit 11 Milliarden Mark abschließt, sei die schon lange geforderte Erhöhung der Beamtengehälter noch nicht berücksichtigt. Obwohl also die Deckungsfrage der Mehrausgaben, etwa 100 Millionen Mark, noch nicht gelöst sei, habe der Reichsfinanzminister Dr. Köhler doch eine Bildungsreform in Aussicht genommen. Man nehme an, daß diese in ihrer Wirkung auf den 1. Juli 1927 jurisdiziert werde.

Weiter ging der Redner auf die Vorschläge bei der letzten Regierungsbildung ein. Er wies hin auf die damalige vortreffliche Antwort, die Dr. Wirth im Reichstag an die Adresse Scheidemanns gerichtet hatte, und auf die unmaßgebliche führende Mitarbeit Dr. Wirths an der Aufstellung des Zentrumsmantelwortes hin, dessen Richtlinien zur Grundfrage des jetzigen Kabinetts Mark gemacht wurden. Obwohl von gemäßigten Sozialisten die Schuld der Sozialdemokratie an dem Scheitern der Großen Koalition offen zugegeben werde, verurteile heute Dr. Wirth in seinen Reden das Zentrum als den Sündenbock bei der Regierungsbildung hinzustellen. Dr. Wirth sollte bedenken, daß er in seiner Kanzlerschaft von den Sozialisten geschützt worden ist. Das sozialistische „Kaffeeblatt“ habe zugegeben, daß an dem Gange der neuen Regierungsbildung nicht Mark und nicht das Zentrum schuld sei, sondern Fleischer und die Genossen vom sozialistischen linken Flügel. Wie sehr sich die Deutschnationalen in innerpolitischer Hinsicht gewandelt haben, dafür sei die Verlangung des Republikkschwurgesetzes der beste Beweis, wenn auch die deutschnationale Presse sich gehalten glaubte, das Eintreten ihrer Partei für dieses Gesetz vor ihren Lesern entschuldigen zu müssen. Mit dem Vorgehen Dr. Wirths könne man sich im Zentrum nicht einverstanden erklären. Entschieden müsse man sich dagegen verwahren, daß von anderen Parteien versucht wird, die Frage Wirths in deren Sinne auszuschlachten.

Es ständen auch kulturpolitische Fragen auf der Tagesordnung, was Dr. Wirth größtenteils übersehe, so die Frage des Reichsschulgesetzes und die des Konfessions. Wie die Dinge heute liegen, werde man in Preußen voraussichtlich mit dem Abschluß eines Konfessions noch in diesem Jahre rechnen können. Ein Reichskonfessionsrat werde dadurch in keiner Weise überflüssig gemacht. Der Redner führte Zahlen an, die gegenüber der Seite, die von anderer Seite getrieben wird, höchste Beachtung verdienen. Er betonte unter anderem, daß die Staatsleistungen an die Kirche, die rechtlich aus der Säkularisation der Kirchengüter zu Anfang des vorigen Jahrhunderts resultierten, noch heute dieselbe Höhe wie 1821 aufweisen. Obwohl der Wert der damaligen Leistungen seither etwa achtmal geringer geworden ist. Die gegenwärtige politische Lage sei ein erneuter Beweis dafür, daß wie im Zentrum auch in Zukunft auf unsere Kraft allein angewiesen sein werden. Es gelte daher in der nächsten Zeit tatkräftig die Einzelarbeit fortzuführen, damit wie den nächsten großen politischen Entscheidungen gerüstet gegenüberstehen.

Das Referat wurde mit Beifall aufgenommen. Die Sprache eröffnete der Landesvorsitzende.

Regierungsrat a. D. Dr. Flügler

Er machte zunächst wertvolle ergänzende Ausführungen zur Außenpolitik und betonte, daß die außenpolitische Lage Deutschlands seit Kriegsende noch nie so schwierig gewesen sei wie heute. In der pessimistischen Beurteilung des Eintritts Deutschlands in den Völkervereinigung, habe Dr. Wirth durchaus recht behalten. Heute habe man im Deutschen Reichstag die eigenständige Entscheidung, daß wir tatsächlich ohne Opposition gegen die Außenpolitik seien. Von England drohe heute die Gefahr, daß es Frankreich mehr denn je freie Hand gegenüber Deutschland gebe, um sich seinen eigenen Interessen eingehender widmen zu können. Was sich in Rußland in den letzten Wochen ereignet habe, nehme diesem Lande den Anspruch, zu den Kul-

turlaoten gerechnet zu werden. In China habe der Vorkriegswirtschaftswissenschaft eine Niederlage erlitten.

Zur deutschen Wirtschaftslage bemerkte der Redner, sie sei einerseits nicht so schlecht, wie sie von mancher Seite gemahnt werde, andererseits nicht so gut, wie es von anderer Seite hingestellt werde. Wenn es zu dem großen Vorkriegsstand gekommen sei, so liege das auch daran, daß die Reichsanleihe Dr. Reiholds ein absolutes Fiasko gewesen ist. Wenn heute der Gedanke der Inflation in weiten Kreisen wieder um sich gegriffen habe, so spreche hier die psychologische Auswirkung der geplanten Porto-Erhöhung der Deutschen Reichspost stark mit. Die Weltwirtschaftskonferenz habe, wie vorausgesehen, unmittelbar praktische Ergebnisse nicht gehabt. Bedauerlich aber sei es schon gewesen, daß sich die Konferenz, in sehr einseitiger Weise gegen die Ueberhandnahme des Protektionismus in fast allen Staaten gewandt habe. Auf die Dauer sei solche wirtschaftliche Abschleifung der einzelnen Staaten wie gegenwärtig nicht tragbar. Daß Milderungen in absehbarer Zeit eintreten müssen, sei daher sicher zu erwarten. Der europäische Wirtschaftssolidarismus sei insofern schon vorhanden, als die Vereinigten Staaten eine derartige Vormachtstellung erreicht haben, daß alle europäischen Länder tatsächlich mehr oder weniger von der amerikanischen Kapitalmacht abhängig sind. Der Nationalisierungstrend sei abgesehen von Amerika heute in Deutschland am weitesten fortgeschritten. Diesem Umstand sei der starke Rückgang der Erwerbslosigkeit wohl in erster Linie zuzuschreiben.

Bei Beurteilung der innerpolitischen Verhältnisse, im besonderen des Falles Wirth dürfe man zwei Tatsachen nicht aus dem Auge verlieren, nämlich: daß es die Sozialdemokratie gewesen ist, die Ende 1926 die Reichsregierung stürzte, und daß dieselbe Sozialdemokratie damals nicht den Mut gefunden hat, aus ihrer Handlungsweise die Konsequenz zu ziehen und in die Regierung einzutreten. Wenn man diese Tatsachen sich vor Augen halte, dann sei die richtige Beurteilung des heutigen Feldzuges Dr. Wirths gegen das Zentrum bereits gegeben. Für das Zentrum sei es ein hervorragender Sieg des republikanischen Gedankens gewesen, wenn Deutschnationale, die bisher die neue Staatsform nur auf das Schärfste bekämpft hatten, jetzt in der Regierung saßen und daselbe tun müßten, was andere vor ihnen auch getan haben. Eine Unmöglichkeit sei es, eine Republik nur geführt zu haben auf eine Partei oder Klasse. Wir müssen eine Republik haben, die für alle da ist, und nicht für eine Partei oder Klasse. Bedauerlich sei es daher, daß Wirth heute nicht in erster Linie gegen die destruktiven Elemente rechts und links kämpft, sondern in erster Linie gegen das Zentrum. Die Demokraten gerade, die Dr. Wirth in ihrer Presse „freies Recht“ einräumen, hätten sich nach der letzten Regierungsbildung in einer Weise entpuppt, die manchen Leuten die Augen geöffnet hätte. Sie hätten heute gegen das Zentrum in einer Art und Weise, die keine Grenzen mehr kenne. Insbesondere habe das Berliner Tageblatt den Führer des Zentrums, den Reichskanzler Marx in geradezu niederträchtiger Weise angegriffen. Wenn die Sozialdemokratie heute mit ihrem Liebeswerk um die Zentrumswahl hervortrete, so sei es heute erst recht an der Zeit, einmal zu zeigen, was wir immer betont haben, daß wir nach rechts und links unabhängig sind, daß uns von links ebensowenig scheide, wie von rechts. Das Zentrum hat durch seine Haltung in klarer Weise seine innere Unabhängigkeit zum Ausdruck gebracht. Diese absolute Selbstständigkeit und Unabhängigkeit muß die große Organisation der Zentrumspartei bewahren, wenn sie in der Lage sein soll, die großen Aufgaben zu erfüllen, die wir uns als Christen im staatspolitischen und kulturellen Leben gestellt haben.

Auch diese Ausführungen fanden starken Beifall. Direktor Wallach (Wien) begrüßte die Arbeit der gegenwärtigen Regierungskoalition, die die Koalitionsstärke der Zentrumspartei nach beiden Seiten praktisch erweise. — Schulze (Wanken) bedauerte die ungeschicklichen Angriffe, die heute aus manchen evangelischen Kreisen gegen das bayerische Konfessionsrat gerichtet würden. Diese Konfessionsvereinbarungen in Bayern hätten nachweisbar nicht nur zum Vorteil der katholischen, sondern auch der evangelischen Kirche gereicht. Bei einer Rechtskoalition im Reich sollte ein Fall wie der in Österreich unmöglich sein, wo die deutschnationalen Vertreter gegen die Errichtung einer Volkshochschule für die 300 katholischen Kinder gestimmt hätten.

Obsernik (Chemnitz) als Vertreter der Zentrumswahlereitschaft in Chemnitz machte in herzerfreudiger Art Vorschläge für die weitere Gestaltung der Parteiarbeit. Die Zentrumswahlereitschaft müsse von den Reichstagsabgeordneten besser berücksichtigt werden als bisher. — Gewerkschaftssekretär Schöffel (Wanken) stellte fest, daß die sozialpolitische Arbeit des Kabinetts unter dem maßgebenden Einfluß der christlichen Arbeiterschaft zustande gekommen sei. Die christlichen Arbeiter ständen den Verhinderungen kulturpolitischer Toleranz, wie sie Sollmann auf dem Arier Parteitage für die Sozialisten gegeben habe, mit Mißtrauen gegenüber. Sie wählten sehr wohl, welchen Schranken in der Praxis die ausgesetzt seien, die ihre Kinder christlich erziehen ließen und selber offen ihr Christentum bezeugten. — Weber (Bernsdorf) bekundete die Absicht der Parteifreunde in seiner Gemeinde, sich zu einer Ortsgruppe zusammenzuschließen.

Der Stellungnahme des Landesvorsitzenden zum Fall Wirth wurde von allen Delegierten, die in der Aussprache das Wort nahmen, angeklammert.

Auf Grund der beiden Referate über die politische Lage wurde folgende Resolution gefaßt:

Der Sächsische Zentrumsparteitag erkennt dankbar die Arbeit der Reichstagsfraktion des Zentrums an. Er ist der Ueberzeugung, daß das Vorgehen der Fraktion bei Bildung der jetzigen Regierung nach Lage der Dinge das einzig mögliche und richtige war. Der Parteitag spricht den Vertretern des Zentrums im Kabinett sein vollstes Vertrauen aus und stellt sich in jeder Beziehung hinter die Reichstagsfraktion.

Nach der Mittagspause wurde anschließend das Thema

Partei und Presse

erörtert. Dr. Flügler gab eine Darstellung der Vorgänge, die zum Konkurs der Germania-Verlagsdruckerei und zum Übergang der „Sächsischen Volkszeitung“ an den Verlag der Germania-K.G. geführt haben. Der neue Verlag lege den größten Wert darauf, daß die „Sächsische Volkszeitung“ offizielles Organ der Sächsischen Zentrumspartei bleibt. Dementierend wurde ein Vertreter der Sächsischen Zentrumspartei in den Aufsichtsrat der Germania-K.G. gewählt werden.

In der Aussprache, an der sich unter anderem Dr. Hilpert (Leipzig), Wüthner (Leutersdorf), Dr. Zoppa (Wanken), Raup (Dresden), Wallach (Wien), Professor Heiderich (Wanken), Böhle (Jittau), Prager (Wanken), Prof. Ewers (Dresden) und Erzpriester Bodenbura (Dresden) beteiligten, wurde eine Reihe beachtenswerter Anregungen für den Ausbau und die Propaganda der „Sächsischen Volkszeitung“ gemacht. — Hauptredaktion Dr. Descaux erklärte, die Vorschläge für die Gestaltung der Arbeit des Verlags übermitteln zu wollen. Die Redaktion werde den ihr abotenen Anregungen nach Möglichkeit gerecht werden und auch weiterhin jede Gelegenheit benutzen, um mit der Leserschaft persönlich Verbindung zu nehmen.

Die Erklärung des Landesvorstandes, daß die „Sächsische Volkszeitung“ offizielles Organ der Sächsischen Zentrumspartei sei, fand allgemeine Zustimmung. Der Vorschlag des Landesvorstandes, Dr. Flügler als Vertreter der Sächsischen Zentrumspartei in den Aufsichtsrat der Germania-K.G. wählen zu lassen, wurde einstimmig vom Parteitag gebilligt.

Die Neuwahl des Landesvorstandes,

die unter der Leitung von Erzpriester Bodenbura (Dresden) vorgenommen wurde, hatte folgendes Ergebnis:

- 1. Vorsitzender Regierungsrat a. D. Dr. Flügler (Dresden), 2. Vorsitzender Stadtrat Prager (Wanken), Schriftführer: Verwaltungsssekretär H. Müller (Dresden), Kassierer H. Tränkner (Dresden). — Beisitzer: Prof. M. Ewers (Dresden), Stadtschreiber Dr. Hilpert (Leipzig), Lehrer H. Kretschmer (Chemnitz), Oberlehrer Lorenz (Jittau), Professor Dr. Zoppa (Wanken), Frau B. Walde (Dresden).

Vor der Wahl hatte Apotheker H. Tränkner den Kassenbericht erstattet, den Hilgellius (Dresden) namens der Kassenprüfer bestätigte. Dem Vorstand war einstimmig Entlassung erteilt worden. Erzpriester Bodenbura sprach im Namen aller Delegierten dem Vorstand den herzlichsten Dank aus für die gewaltige Arbeit, die er im letzten Jahre, insbesondere vor der Landtagswahl, zu leisten hatte.

Den Abschluß bildete eine kurze, aber fruchtbare Aussprache über Organisationsfragen. Auf Anregung von Wallach (Wien) wurde beschlossen, daß künftig die Ortsgruppen ihre Mitgliederlisten jährlich einreichen und vor dem Parteitag schriftliche Berichte über ihre Tätigkeit im abgelaufenen Geschäftsjahr abgeben sollen.

Mit herzlichen Worten des Dankes an alle Delegierten wurde der Parteitag nachmittags 6 Uhr durch den Landesvorsitzenden geschlossen.

Staatsminister Krausneck †

München, 12. Juni. Heute vormittag gegen 10.30 Uhr verunglückte der Finanzminister Dr. Krausneck beim Einschleichen in die Straßenbahn in der Arnulfstraße beim Starnberger Bahnhof in München tödlich. Als der Minister auf die Straßenbahn aussteigen wollte, kam er zu Fall und erlitt einen Bruch der Halswirbelsäule und Verletzungen des Rückenmarks und weitere schwere Verletzungen an den Beinen. In einem Kraftwagen wurde der Minister, der zunächst, da er keine Ausweispapiere bei sich führte, nicht erkannt wurde, in die chirurgische Klinik gebracht, wo kurz nach seiner Entlassung der Tod eintrat.

Dresden, 13. Juni. Die sächsische Regierung hat der bayerischen Staatsregierung ein Telegramm geschickt, in dem sie ihre herzliche Anteilnahme an dem schweren Verlust ausdrückt, den der plötzliche Tod des Ministers v. Krausneck für Bayern bedeutet.